



MFN-Fraktion im Rat

Erwin Fritsch

52385 Nideggen
Königstraße 25
Tel. 02425 - 901717

12.09.11

Frau Bürgermeisterin
Margit Göckemeyer o.V.i.A.
Zülpicher Straße 1
52385 Nideggen

per Fax: 02427 - 809 47

Aufnahme in die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung

Sehr geehrte Frau Göckemeyer,

für die Fraktion Menschen für Nideggen beantrage ich in die Tagesordnung aufzunehmen:

TOP: Bürgerbeteiligung am Haushalt 2012

Unter dem Stichwort "Bürgerhaushalt" gibt es inzwischen in zahlreichen Kommunen Versuche, Bürger durch Mitwirkungsmöglichkeiten an der Haushaltsaufstellung stärker in das kommunalpolitische Handeln einzubinden und damit auch ihr Engagement für die Gemeinschaft zu fördern. Durchaus erfolgreiche Ergebnisse können vor allem größere Städte vorweisen, sofern sie noch einigermaßen finanziellen Handlungsspielraum haben. Die SPD in Nideggen hatte 2010 einen Antrag zur Beteiligung der Bürger an der Erstellung des Haushalts gestellt. Der Antrag ging aber deutlich an der Haushaltsrealität vorbei. Originaltext: "Darauf (auf die Vorschläge der Verwaltung) satteln die Fraktionen ihre Vorschläge auf."

Der Rat beschloss dann, "den Bürgern der Stadt Nideggen über ein von der Verwaltung erstelltes Formular die Möglichkeit zu geben sich zum Haushalt zu äußern und die Vorschläge in Sitzungen mit den Fraktionen zu erörtern."

Die Umsetzung des Beschlusses erfolgte zu spät und blieb völlig wirkungslos. Die Wahrnehmung des Rechtes, zur Einsichtnahme in den nach gesetzlicher Vorschrift ausgelegten Haushaltsentwurf, oder des Rechtes, sich an Bürgermeister, Fraktionen oder Ratsmitglieder zu wenden, bedarf keines Ratsbeschlusses.

Für den Haushalt 2012 gibt es die Alternativen:

- entweder auf eine über den gesetzlichen Rahmen hinausgehende Bürgerbeteiligung zu verzichten,
- oder eine Möglichkeit zur Beteiligung, aber ohne finanziellen Aufwand und mit minimalem zusätzlichem Verwaltungsaufwand (zusätzlicher Aufwand bei Fraktionen und Ratsmitgliedern kann in Kauf genommen werden) zu finden.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Haupt- und Finanzausschuss einen Vorschlag zur Bürgerbeteiligung am Haushalt 2012 zu machen, der ohne finanziellen Aufwand und mit minimalem zusätzlichem Verwaltungsaufwand realisiert werden kann.

TOP: Unterstützung interkommunaler Zusammenarbeit durch den Kreis

Der Kreis finanziert seine Aufgaben durch Umlagen zu Lasten der kreisangehörigen (k.a.) Gemeinden. Zu seiner Funktion als Kommunalaufsicht gehört es, auf sparsames Handeln der k.a. Gemeinden zu achten. Dazu sollte er die interkommunale Zusammenarbeit, die ein erhebliches Einsparungspotential bietet, fördern und durch eigenes Handeln erleichtern.

Die Beihilfebearbeitung ist eine Pflichtaufgabe, die in einer kleinen Verwaltung unmöglich mit wirtschaftlich vertretbarem Aufwand geleistet werden kann. Nideggen hat die Bearbeitung der Beihilfen zum 01.01.2011 an die Rheinische Versorgungskasse Köln (RVK) abgegeben, da "das Kostenangebot des Kreises Düren über dem der RVK" lag (MVL-85/2010 vom 08.10.10).

Für Aldenhoven und Linnich übernimmt gem. Kreistagsbeschluss vom 19.07.11 der Kreis die Beihilfebearbeitung. Er erhält dafür eine Fallpauschale von 25 €. Sie liegt gem. Vorlage (Drs. 188/11) "auf dem Niveau dessen, was auch die RVK derzeit für einen Fall berechnet. Die Beihilfeanträge der Gemeinde Aldenhoven und der Stadt Linnich werden ohne zusätzliches Personal übernommen, so dass abzüglich der geringen Sachkosten eine Mehreinnahme durch die festgesetzte Fallpauschale entstehen wird."

Interkommunale Zusammenarbeit kann nur dann sinnvoll umgesetzt werden, wenn die Summe der Kosten bei allen Beteiligten gesenkt wird und die Beteiligten auf einseitige Vorteile verzichten.

Beschlussvorschlag:

Die Bürgermeisterin wird gebeten, den Landrat auf das Beispiel der Beihilfebearbeitung hinzuweisen und ihn aufzufordern, die interkommunale Zusammenarbeit zu fördern und durch eigenes Handeln zu erleichtern

TOP: Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit

Interkommunale Zusammenarbeit ist einer der wenigen Bereiche, in denen die Kommunen noch Möglichkeiten zur Ausgabenreduzierung haben.

Bereits der GPA-Bericht von 2006 zeigt zahlreiche Möglichkeiten dafür, wie Einsparungen durch interkommunale Zusammenarbeit erzielt werden können. Nicht alle dieser Vorschläge sind sinnvoll, weil nicht nur die rein finanziellen Auswirkungen betrachtet werden dürfen.

Mit der BVL-50/2010 zeigte die Verwaltung 17 Handlungsfelder für mögliche sinnvolle interkommunale Zusammenarbeit auf. Der Rat bat die Bürgermeisterin am 16.03.10, "die sich auf der Basis des vorgelegten Berichtes ergebenden Möglichkeiten zur interkommunalen Zusammenarbeit mit anderen Städten und Gemeinden aktiv zu prüfen" und ihn über Kooperationsfortschritte zu unterrichten.

Die bisher erreichten Fortschritte auf diesem Gebiet sind höchst bescheiden.

Beschlussvorschlag:

Die Bürgermeisterin wird gebeten, den Bereich interkommunaler Zusammenarbeit mit Nachbar-Städten und -Gemeinden und dem Kreis erneut aktiv zu prüfen und dem Rat halbjährlich zu berichten.

Die Fraktionen der Parteien werden gebeten, bei den Fraktionen der Nachbar-Städte und -Gemeinden und im Kreistag für dieses Vorhaben zu werben.

TOP: Einsparmöglichkeiten bei der Prüfung der Jahresabschlüsse

Für die Durchführung der Prüfung der Jahresabschlüsse durch den Rechnungsprüfungsausschuss gibt es mehrere Möglichkeiten:

1. Der Rechnungsprüfungsausschuss kann die Prüfung selbständig vornehmen.
2. Der Rechnungsprüfungsausschuss kann sich bei der Erfüllung seiner Aufgaben der örtlichen Rechnungsprüfung bedienen.
3. Sofern, wie in Nideggen, keine örtliche Rechnungsprüfung eingerichtet ist, kann die Stadt mit dem Kreis eine Vereinbarung treffen, dass die örtliche Rechnungsprüfung des Kreises die Aufgaben der örtlichen Rechnungsprüfung Nideggen gegen Kostenerstattung wahrnimmt.
4. Der Rechnungsprüfungsausschuss kann auch einen Dritten (Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) beauftragen.

In Nideggen wird bisher die 4. Möglichkeit genutzt. Sie ist für alle Beteiligten die bequemste, aber auch die teuerste, Lösung. Bei der RPA-Sitzung am 01.08.11 stellte Herr Nießen deshalb die Prüfung der Jahresabschlüsse durch den RPA zur Diskussion.

Die Sitzungsniederschrift vermerkt dazu:

"Das Für und Wider wird eingehend besprochen und abschließend wird festgehalten, dass letztlich nur eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Prüfung des Kommunalen Gesamtabschlusses ab 2010 (Konzernbilanz) im Auftrag des RPA vornehmen kann. Der Mehraufwand, der einerseits durch die Prüfung der RPA-Mitglieder ohne die Dienstleistung eines sachkundigen Dritten entstehen würde und die Haftungsproblematik andererseits, rechtfertigt nach Angaben der Verwaltung die Kosten des Wirtschaftsprüfers."

Tatsächlich gab es zu Herrn Nießen's Anregung Meinungsäußerungen. Eine ernsthafte Beratung fand aber noch nicht statt. Angesichts der Finanzlage der Stadt, der Kürzungen von Zuschüssen und der Erhöhung von Gebühren und Abgaben, die Bürgern und Vereinen zugemutet werden, kann nicht einfach die bequemste Lösung beibehalten werden.

Wie soll den Bürgern vermittelt werden, dass ein 26-köpfiger Rat nicht in der Lage ist, einen Ausschuss zu bilden, der durch seine Arbeit einen 5-stelligen Betrag einspart und das Ergebnis seiner Arbeit verantwortet?

Beschlussvorschlag:

Der Rechnungsprüfungsausschuss wird aufgefordert, spätestens im IV. Quartal in einer "Sondersitzung" Einsparmöglichkeiten bei der Prüfung der Jahresabschlüsse zu ermitteln und dem Rat vorzuschlagen.

Mit freundlichen Grüßen

Fritsch